

Zug und der NFA

Warum nicht nur Zug, sondern die Schweiz den NFA ablehnen sollte.

(Artikel in der Zeitschrift «Zuger Gewerbe», September 04)

Das Abstimmungswochenende vom 28. November wird für den Kanton Zug ein Schicksalstag. Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben (NFA) wird zur Abstimmung kommen, und das Resultat wird – sofern kein Wunder geschieht – für den Kanton Zug hart sein.

Im folgenden möchte ich kurz den NFA (also den Neuen Finanzausgleich) vorstellen, die Neuverteilung der Aufgaben ist nicht problematisch, sondern wäre sinnvoll, aber der Preis, den die Zugerinnen und Zuger zu zahlen haben, ist zu hoch.

Nun kann man sich zu Recht fragen, warum die eidgenössischen Parlamentarier, die in der letzten Legislatur in der Beratung und in der Schlussabstimmung dabei waren, sich nicht wehrten (alle stimmten zu, einer enthielt sich der Stimme). Hätte man nicht damals sich energischer für die Zuger Interessen einsetzen können oder müssen, und warum kommen die Proteste erst jetzt? Zudem, ganz zurückhaltend sei gefragt, warum die Zuger Regierung nicht schon früher deutlicher dagegen auftrat? Ich kann es mir nur so erklären, dass die früheren Grundlagen und Zahlen andere waren als heute, und gerade darin, in dieser Dynamik, liegt auch ein Teil des Problems des NFA: wir wissen heute nicht, wie viel wir zukünftig zahlen müssen, ausser, dass es immer mehr werden kann, und dass die Nehmer-Kantone bestimmen können, wie viel mehr es denn sein darf – nach der Devise: „Dörfs es bitzeli meeh sii?“ – keine fröhlichen Aussichten.

Was ist die Idee des NFA?

Die Grundidee, die dahinter steht, ist auch aus Zuger Sicht eine sinnvolle: den Föderalismus zu „verwesentlichen.“ Was heisst das? Es geht um die Entflechtung der Finanzströme, die ein unüberschaubares Mass erreicht haben, wo die linke Hand nicht mehr weiss, wie viel die rechte einnimmt oder ausgibt. Zudem hat der momentane Föderalismus die unschöne Eigenschaft, dass der Kanton belohnt wird, der am meisten Subventionen einfordern kann – und er natürlich kein Interesse hat, weniger Subventionen zu beantragen. „Das Elend rentiert“... Gewisse Kantone leisten sich deshalb in Bern eigentliche Lobbyisten, um die Geldströme in ihre Regionen fliessen zu lassen – die freundeidgenössische Höflichkeit verbietet es mir, zu sagen, welche Kantone in dieser Beziehung die Spitzenposition einnehmen, Sie können sich aber leicht ausmalen, welche.

Das man hier ansetzen will, ist positiv. Die Neue Aufgabenteilung ist denn auch effizienter und sinnvoller als das bisherige System. Aber – und das ist das Kernproblem – die neue Ausgestaltung des Föderalismus wird förmlich „erkauft“ durch eine gigantische Umverteilung von 7 Geberkantonen zu 19

Nehmerkantonen. Damit tun wir genau das Falsche: wir schwächen die wirtschaftlichen Zentren Zürich, Zug, Basel, allenfalls Genf, die Wachstumsmotoren der Schweiz, ohne dass mit dem umverteilten Geld in den schwachen Peripherien Wachstum generiert wird.

Professor Kleinewefers von der Universität Fribourg kommt in einem viel beachteten und hervorragenden Artikel in der „Finanz und Wirtschaft“ vom 24. Juli 2004 zum Schluss, dass der Finanzausgleich das Wachstum bremse, statt fördere. Damit werden alle rhetorischen Floskeln der Politiker aller Parteien zur Makulatur, die immer wieder die Förderung des Wachstums theoretisch verlangen, aber

praktisch mit dem NFA das Wachstum nicht fördern, sondern verhindern und die Wachstumsmotoren bremsen, zum Schaden aller.

Zug und Zürich – die Wachstumszentren

Man braucht nicht die populistisch gefärbte Zürcher SVP Plakatierung des „fleissigen“ Zürcher Löwens und des „faulen“ Berner Bären zu bemühen. Sie trifft nicht ins Schwarze, sondern an den Rand der Zielscheibe, aber die Zielscheibe trifft sie doch ein wenig. Die Zürcher SVP sollte ihre teilweise Kehrtwende aber auch nicht so enorm herausposaunen, gehörte doch auch der jetzige Bundesrat Blocher zu denen, die Ja stimmten, und jetzt prangert sein Adlat Christoph Mörgeli den NFA als „sozialistisch“ an – Blocher ein Sozialist? Das wäre selbst für den gewandten Mörgeli eine Pirouette zu viel... Trotzdem: der Kanton Bern, von SVP dominiert, ist der grosse Bremser, aber der grösste Profiteur, der Kanton Zürich, auch von der SVP dominiert, ist das Zugpferd – aber nicht der grösste Zahler, wenn man die Summe proportional zur Bevölkerung stellt. Die politische Auseinandersetzung folgt dieses Mal nicht den Parteien, sondern den wirtschaftlichen Gegebenheiten. Wenn Nationalrat Mörgeli, ein Zürcher, schreibt, ausgerechnet im „Tages-Anzeiger“, der Kanton Zürich zahle die Rechnung, dann sei er doch immerhin daran erinnert, dass der Zuger Beitrag eine 31% höhere Mehrbelastung, die des Kantons Zürich eine 4% höhere Mehrbelastung darstellt. Pro Kopf beträgt die Zuger Mehrbelastung 1200 CHF, die Zürcher Mehrbelastung gerade mal 175 CHF. Der Kanton Zug zahlt weit mehr die Zeche als Zürich, das sich im letzten halben Jahr sogar noch wundersam eine Reduktion von 30Mio CHF aushandeln konnte!

Ein paar Zahlen

Der Ressourcenausgleich sieht vor, dass der Bund 1,4Mia. CHF einzahlt, die 7 ressourcenstarken Kantone 1Mia CHF. Soweit, so unschön, aber eventuell verkraftbar. Vor einem Jahr rechnete man noch damit, dass Zug ca. 120Mio CHF einzahlen müsse, heute sind es bereits 150Mio. Und in Zukunft? Die Krux des Systems liegt in der nach oben offenen Skala der Beiträge: wenn der Bund (d.h. das Parlament, wo die Nehmerkantone locker die Mehrheit haben) beschliesst, seinen Anteil zu erhöhen. Dann müssen die Geberkantone prozentual ihren Anteil auch erhöhen. Genial! So beschliessen die Profiteure permanent, dass der Kuchen immer grösser werden kann! Der riesige Kanton Zürich steuert 51% an den Kuchen bei, der kleine Kanton Zug 28%, die andern Geberkantone teilen sich die übrigen 21%. Und wenn einer der Geberkantone finanzielle Schwächen zeigt, wie zum Beispiel momentan der Kanton Schwyz mit einem budgetierten Defizit 2005 von 100Mio CHF? Wenn dort die Reserven weg sind? Dann werden die Geberkantone mittelfristig noch weniger, und Zug und Zürich dürfen noch mehr zahlen. Man könnte noch weitere Zahlen herbeiziehen, besser wird's nie für Zug, egal wie und was man rechnet!

Politische Risiko-Abwägung

Deshalb zum Schluss eine politische Beurteilung des Risikos einer Ablehnung des NFA. Die Drohungen, die ja sofort erklangen, sind klar: Zug sei unsolidarisch (sagen die Linken), Zug laufe Gefahr, bei einer materiellen Steuerharmonisierung noch ärger zu verlieren (sagen die Bürgerlichen).

Was ist daran? Der Vorwurf der Nicht-Solidarität ist Blödsinn, denn Zug ist und bleibt äusserst solidarisch, kann aber nicht solidarischer sein als der Heilige Martin, der von seinem Mantel auch nur die Hälfte gab. Zug gibt einen Drittel seiner

Steuereinnahmen, das ist beileibe nicht unsolidarisch: Der Zuger Bundesanteil direkte Bundessteuer beträgt 5148 CHF, Schwyz folgt mit 2460 CHF! Aber wir müssen natürlich im Abstimmungskampf damit rechnen, dass die extreme Linke, die SGA und ihre Vertreter, den Kanton Zug überall, wo sie nur können, als rechtsbürgerlich dominierten egoistischen Monsterkanton darstellen werden. Das ist leicht auszuhalten, weil von ihnen längstens bekannt und nicht mehr so ganz ernst zu nehmen, denn es dient nur zur Selbstprofilierung. Es ist klar, dass die Linke, die eigentlich gegen den NFA ist, nun, nachdem Zug Nein sagt, plötzlich für den NFA votiert... Ein Schuft, wer Böses dabei denkt! Dass auch der SGA Regierungsrat von dem reichen Kanton ziemlich profitiert, zum Beispiel mit dem modernsten Polizeigebäude und einer zu grossen Verwaltung, zusätzlichen Stellen usw., gehört auch dazu. Je schwärzer der Gegner, umso heller der Glanz, der auf die Kritiker abfällt. Er sei ihnen gegönnt.

Die Frage, wie gefährlich die materielle Steuerharmonisierung ist, bzw. die Chance, dass sie in Parlament und Volksabstimmung durchkommt, lässt sich schwerer beantworten. Persönlich habe ich die Auffassung gewonnen, dass das Risiko kleiner ist als auch schon, dass die Schweizer Bevölkerung den Wettbewerb in Steuerfragen vorzieht, als eine Nivellierung der Steuern auf Höchstniveau. Zuletzt: wenn Zug jetzt JA sagen würde zum NFA, würden die Begehrlichkeiten auf der andern Seite noch grösser: alle würden denken, wir seien noch nicht genug an die Kasse gekommen, wenn wir noch Ja sagen, und die Schraube durchaus noch fester anziehen.

Versuchen wir also gemeinsam, aus Zug heraus, den Miteidgenossen zu erklären, dass wir solidarisch sind, aber nicht zum Preis, der jetzt von uns verlangt wird. Und versuchen wir zu erklären, dass es gerade in ihrem Interesse ist, den starken Zentren keine Fesseln anzulegen, sondern sie zu fördern.

Nochmals Professor Kleinewefers: „Wollen wir unsere wenigen Wachstumsmotoren drosseln und das ganze Land ausbremsen für den aussichtslosen Versuch, die Peripherie auf den gleichen Stand wie die Zentren zu bringen? Das Umgekehrte wäre richtig: Wenn es den Zentren gut geht, profitiert auch die Peripherie.“ Hoffen wir, dass bis zum Abstimmungssonntag Ende November diese Ansicht auch über die Zuger Grenzen hinaus Anhänger gewinnt. Dafür braucht es noch einen ziemlichen Einsatz der politischen Vertreter des Standes Zug. Aber er würde sich lohnen.

Gerhard Pfister, Präsident CVP Kanton Zug, Nationalrat